

Vortrag der Agglomerationskommission (AKO) an den Stadtrat

Agglomerationskommission (AKO): Tätigkeitsbericht für das Jahr 2022

1 Ausgangslage

Die Agglomerationskommission (AKO) wurde vom Stadtrat erstmals für die Legislatur 2005–2008 als nicht ständige Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, die Entwicklung der Agglomerationspolitik auf kantonaler und regionaler Ebene zu verfolgen. Nach der Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland wurde die AKO durch Beschluss der Stimmberechtigten auf den 1. Januar 2013 in eine ständige parlamentarische Kommission überführt. Nach 10-jähriger vielseitiger Tätigkeit wird die Kommission mit Beschluss der Stimmberechtigten vom 13. Februar 2022 per 1. Januar 2023 als ständige Kommission aufgehoben. Der Stadtrat hat diesen Entscheid einerseits getroffen, weil er eine Finanzkommission einführen und dazu die Zahl der Kommissionen nicht erhöhen will. Andererseits hat sich bei der Überprüfung des Kommissionensystems gezeigt, dass die agglomerationspezifischen Themen auch von den Sachkommissionen behandelt werden können, da immer Schnittstellen mit Sachthemen vorhanden sind. Zur Begleitung des Projekts «Kooperation Ostermundigen Bern» (KOBÉ) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 21. November 2021 für die Zeit ab dem 1. Januar 2023 eine nichtständige Kommission (Spezialkommission Kooperation Bern) mit 11 Mitgliedern eingesetzt. Die Spezialkommission KOBÉ berät die Fusionsvorlage zuhanden des Stadtrats. Spätestens zum Zeitpunkt der Entstehung der neuen fusionierten Gemeinde beendet diese Kommission ihre Arbeit und wird aufgelöst. Der vorliegende Bericht gibt Auskunft über die Tätigkeit der AKO in ihrem letzten Tätigkeitsjahr und ist von der Kommission am 30. November 2022 zuhanden des Stadtrats verabschiedet worden.

2 Zusammensetzung

Die AKO hatte im Berichtsjahr zwei Mutationen zu verzeichnen. Am Ende des Jahres gehörten der Kommission die folgenden 11 Stadratsmitglieder an:

Janosch Weyermann (SVP), Präsident
Mirjam Roder (GFL/EVP), Vizepräsidentin
Diego Bigger (SP/JUSO)
Nora Krummen (SP/JUSO)
Valentina Achermann (SP/JUSO)
Claudio Righetti (Mitte)
Anna Leissing (GB/JA)
Nora Joos (GB/JA)
Ruth Altmann (parteilos)
Yasmin Amana Abdullahi (GLP/JGLP)
Simone Machado (GaP)

3 Aufgaben und Zuständigkeiten

Aufgaben und Zuständigkeiten der AKO ergeben sich aus Artikel 72e der Gemeindeordnung und Artikel 25a des Geschäftsreglements des Stadtrats. Demnach übt die Kommission im Auftrag des Stadtrats die Aufsichtsfunktion über die städtische Agglomerationspolitik aus und

lässt sich regelmässig vom Gemeinderat über die agglomerations- und regionalpolitischen Aktivitäten der Stadt informieren. Weiter prüft sie alle Sachgeschäfte, welche die Agglomerationspolitik betreffen, nimmt Stellung im Rahmen von Mitwirkungsverfahren und ist zuständige Kommission für ein allfälliges Behördenreferendum gegen einen Beschluss der Regionalversammlung. Sie pflegt Kontakte zu anderen Parlamenten und Akteuren und Akteurinnen in der Region mit dem langfristigen Ziel, eine gemeinsame Haltung zu entwickeln. Dazu führt sie regelmässig Tagungen und weitere Anlässe zu aktuellen Themen der Agglomerationspolitik durch.

4 Sitzungen und Themen

Die AKO traf sich 2022 zu sieben ordentlichen Kommissionssitzungen. Hinzu kamen zwei Treffen mit der Begleitgruppe Ostermundigen, der jährliche Vernetzungsanlass mit den umliegenden Gemeinden im Progr in Bern sowie die jährliche Tagung zur Agglomerationspolitik im Business Park Ey in Ittigen. Stadtpräsident Alec von Graffenried und Regula Buchmüller (Leiterin der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik) nahmen regelmässig an den Sitzungen der AKO teil und informierten die Kommission über die Aktivitäten des Gemeinderats und die Traktanden der Regionalversammlung. Ein Schwergewicht legte die AKO wie schon die letzten zwei Jahre auf die Begleitung des Projekts «Kooperation Ostermundigen Bern» (KOBE) und behandelte das Geschäft als stehendes Traktandum an jeder Sitzung.

Begleitung des Geschäfts Kooperation Ostermundigen – Bern (KOBE) – Ausarbeitung Eckpunkte

Der Stadtrat gab am 10. Dezember 2020 grünes Licht zur Aufnahme von Fusionsverhandlungen. Die Abstimmung in Ostermundigen dazu fiel am 17. Dezember 2020 einstimmig aus. In der Folge informierte der Gemeinderat in der AKO an jeder Sitzung zum Projektfortschritt. An der Sitzung vom 5. Mai 2021 legte der Gemeinderat der AKO seinen Entwurf zum vertraulichen Verhandlungsmandat vor. Die AKO hat dieses kritisch geprüft und ihre Inputs dazu gegeben. Im Dezember 2021 hat die AKO *die Berichterstattung zu den Eckpunkten und die Krediterhöhung* zuhanden des Stadtrats vorberaten. Der Stadtrat stimmte der Vorlage am 27. Januar 2022 mit grosser Mehrheit zu (70 Ja zu 3 Nein-Stimmen) und verabschiedete zahlreiche Planungserklärungen zu folgenden Themen:

Grösse des Gemeinderats und zum Zeitpunkt von Verwaltungsreform und Fusion

- Der Gemeinderat wird beauftragt, die Aufstockung des Gemeinderats auf 7 Mitglieder parallel zur Fusion vorzusehen. Diese ist wo möglich mit der fusionsbedingten Zusammenführung der Verwaltungen Berns und Ostermundigens zu koordinieren, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden.
- Für die zeitliche Umsetzung der Erhöhung auf 7 Mitglieder wird der Gemeinderat beauftragt verschiedene Varianten auszuarbeiten (0 bis maximal 4 Jahre nach dem Fusionszeitpunkt), welche die Interessen von Ostermundigen angemessen berücksichtigen.
- Die Varianten sind gemeinsam mit der Gemeinde Ostermundigen auszuarbeiten bzw. zu verhandeln und sind spätestens mit und als Bestandteil des Fusionsvertrags der AKO und dem Stadtrat vorzulegen.
(45 Ja, 29 Nein, 0 Enthaltungen)

Integrationsbeauftragte Person

- Der Begriff «integrationsbeauftragte Person» soll durch einen passenderen Begriff ersetzt werden (z.B. «Fusionsbeauftragte*r»).
- Dessen Kompetenzen sind bis zur Vorlage des Fusionsvertrags im Detail zu klären.
(65 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen)

Fusionszeitplan

Der Gemeinderat wird beauftragt, den im Projektfahrplan vorgesehenen Zeitplan einzuhalten (Fusionszeitpunkt 1.1.2025).
(41 Ja, 31 Nein, 2 Enthalten)

Stadtteilpartizipation

- Personal: Die heutigen Quartierkommissionen leiden an hoher Geschäftslast und viel zu wenig Personal. Es sind Lösungen für eine bessere Finanzierung auszuarbeiten. (49 Ja, 23 Nein, 2 Enthalten)
- Partizipatives Budget: Es ist zu prüfen, wie den Quartierkommissionen ein partizipatives Budget zur Verfügung gestellt werden kann, um unkompliziert Projekte im eigenen Stadtteil finanzieren zu können. (49 Ja, 18 Nein, 7 Enthalten)
- Erneuerung und Zugänglichkeit: Es sind Vorschläge auszuarbeiten, wie die nicht organisierte Quartierbevölkerung sowie Bevölkerungsgruppen, die heute in den Kommissionen untervertreten sind, besser eingebunden werden können. (56 Ja, 15 Nein, 3 Enthalten)

Partizipation im Fusionsprozess

- Es soll eine echte, inhaltliche Partizipation im Sinn von Dialog und Diskussion durchgeführt werden und nicht nur eine «Ein-Weg-Kommunikation» im Sinn von Information. Dafür sollen sowohl Präsenzformate wie auch die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation genutzt werden. Dabei soll darauf geachtet werden, dass auch die nicht organisierte Bevölkerung einbezogen wird. (60 Ja, 12 Nein, 2 Enthalten)
- Angeregt wird darüber hinaus ein gemeindeübergreifendes Begleitgremium, in dem die Bevölkerung beider Gemeinden angemessen vertreten sind. Dieses könnte die Sicht der Menschen direkt in den Prozess einbringen, wobei auf Diversität geachtet werden sollte (beispielsweise Vertreter:innen verschiedener Altersgruppen, von neu eingebürgerten Menschen mit Migrationshintergrund, Vertreter:innen des lokalen Gewerbes, der Sport- und Kulturvereine, der Kirchen bzw. der Religionen etc.). (50 Ja, 18 Nein, 6 Enthalten)

Finanzielle Auswirkungen

Zusammen mit dem Fusionsvertrag legt der Gemeinderat der AKO und dem Stadtrat eine Einschätzung vor, wie sich die Fusion auf die finanzielle Situation auswirken wird.
(67 Ja, 7 Nein, 0 Enthalten)

Einhaltung der Klimaziele sicherstellen

Der Gemeinderat zeigt gleichzeitig mit dem Fusionsvertrag auf, wie sich die Fusion auf die Klimabilanz auswirkt und wie die geplanten Klimamassnahmen weitergeführt werden können.
(54 Ja, 18 Nein, 2 Enthalten)

Erfolgreiche Wohnbaupolitik auch nach der Fusion

Der Gemeinderat zeigt gleichzeitig mit dem Fusionsvertrag auf, wie die Harmonisierung der Bauordnungen ablaufen wird, damit die progressive Wohnbaupolitik der Stadt Bern auch nach der Fusion weitergeführt werden kann. (44 Ja, 29 Nein, 1 Enthalten)

Soziale Angebote für Ostermündigen zugänglich machen

Der Gemeinderat zeigt gleichzeitig mit dem Fusionsvertrag auf, wie er prinzipiell mit den unterschiedlichen sozialpolitischen Angeboten umzugehen gedenkt und wie er sicherstellt, dass diejenigen sozialen Angebote, die in Ostermündigen heute nicht existieren auch allen Ostermündiger*innen zugänglich gemacht werden, insbesondere für armutsbetroffene oder armutsbedrohte Menschen. (42 Ja, 29 Nein, 2 Enthalten)

Wohn- und Gewerbebaupolitik im Zeitpunkt der Fusion

Der Gemeinderat soll im Zusammenhang mit dem Fusionsvertrag aufzeigen, wie die Harmonisierung der Bauordnungen ablaufen wird, so dass es insbesondere im Bewilligungswesen gegenüber heute für Ostermündigen keine Verschlechterung ergibt. Gemäss Aussage des

Gemeindepräsidenten können aktuell Baubewilligungen in Ostermundigen dank kurzer Wege rasch erwartet werden. Wie will der Gemeinderat der Stadt Bern sicherstellen, dass dies auch in Zukunft so bleibt? (36 Ja, 35 Nein, 2 Enthalten)

Im Berichtsjahr liess sich die AKO an jeder Sitzung vom Gemeinderat zum Projektfortschritt und den Fusionsverhandlungen informieren und machte informelle Rückmeldungen. Anlässlich eines Rundgangs am 25. Februar in Ostermundigen und am 11. Mai 2022 in Bern zusammen mit der Begleitgruppe Ostermundigen sowie einzelnen Exekutivmitglieder aus Ostermundigen und Bern pflegte die Kommission die Vernetzung und den Austausch mit dem Projektpartner.

Im Rahmen der zwei letzten Sitzungen im Jahr diskutierte die AKO eingehend die Fusionsdokumenten (Fusionsvertrag, Fusionsreglement, Erläuterungsbericht) und verabschiedete eine Stellungnahme, die anlässlich der öffentlichen Vernehmlassung zu Kooperation Bern Ostermundigen eingereicht wurde. Die Vernehmlassung dauert von 21. Oktober bis 16. Dezember 2022.

Neben dem Projekt «Kooperation Bern» befasste sich die Kommission im Berichtsjahr mit den folgenden Themen:

Regionalversammlungen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM)

Die Regionalversammlung der RKBM traf sich am 30. Juni und am 15. Dezember 2022 zu ihren ordentlichen Sitzungen. Der Gemeinderat informierte die AKO jeweils vorgängig über die traktandierten Geschäfte und seine Haltung dazu. Bemerkenswert sind aus städtischer Sicht die folgenden Geschäfte:

- *Verpflichtungskredit 2022–2023 «Aktualisierung Basisstrassennetz MIV RKBM»*: Die Anforderungen an das regionale Basisstrassennetz für den motorisierten Individualverkehr (MIV) steigen stetig. Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM will deshalb das Netz überprüfen. Bereits im Dezember 2021 hatte die Regionalversammlung dazu einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 80'000 Franken gesprochen. Nun zeigte sich, dass das Projekt deutlich unterfinanziert ist. Die Versammlung hiess einen Nachkredit in der Höhe von 80'000 Franken gut. Darin enthalten ist ein Zusatzauftrag: Die Region will klären, auf welchen Strassenabschnitten die Einführung von Tempo 30 oder 40 sinnvoll wäre.
- *Verpflichtungskredit (2023–2025) in der Höhe von CHF 900'000 für das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept RGS*: Zweck des strategischen Planungsinstrumentes ist es, die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung in der Region mittel- bis langfristig aufeinander abzustimmen. Die RKBM setzt beim RGSK 2025 auf Kontinuität. Ziele der 2023 startenden Arbeiten sind eine verstärkte integrale Planung und die zielgerichtete Aktualisierung der Massnahmen aus den Vorgängerkonzepten. Bestandteil des RGSK ist das Agglomerationsprogramm der 5. Generation (AP5).

Weiter befasste sich die Regionalversammlung wie gewohnt mit statuarischen Geschäften: Am 30. Juni 2022 genehmigte sie die Jahresrechnung, die mit einem Ertragsüberschuss von rund 62'000 Franken abschloss. Am 15. Dezember 2022 stimmte sie dem Budget 2022 zu. Der Gesamtaufwand für das 14. Betriebsjahr der RKBM beläuft sich auf gut 11,1 Millionen Franken – inklusive Inkasso der Zahlungen an die regional bedeutenden Kulturinstitutionen von knapp 6,2 Millionen Franken. Der Aufwandüberschuss 2023 beträgt rund 450'000 Franken.

Parlamentarische Mitwirkung bei wichtigen Vorhaben der RKBM

Gemäss Artikel 70e des Geschäftsreglements des Stadtrats ist für wichtige Vorhaben der RKBM nach Artikel 153 Absatz 3 Gemeindegesetz abschliessend die Agglomerationskommission (AKO) zuständig. Diese holt zur Erarbeitung ihrer Stellungnahme vorgängig die Mitberichte des Gemeinderats und der zuständigen Sachkommission SBK ein. 2022 hat die

AKO auf diesen Grundlagen im Rahmen der Vernehmlassung zu den Kulturverträgen 2024-2027 zuhanden der Kommission für Kultur der RKBM ein Schreiben verfasst. Darin weist die AKO darauf hin, dass sie zum vorliegenden Vorschlag der tripartiten Finanzierung der 17 Kulturinstitutionen von regionaler Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Unterstützungsbeiträge keine fundierte Stellungnahme abgeben könne, ebenso nicht zum Finanzierungsschlüssel zwischen den Regionsgemeinden. Die AKO sowie die SBK haben bereits in ihrem letzten Mitbericht zu den Kulturverträgen 2020 – 2023 moniert, dass sie das gegenwärtige Vernehmlassungsverfahren zu den Kulturverträgen für die Stadt nicht zielführend finden. Für eine fundierte Stellungnahme fehlen den Kommissionen die notwendigen Informationen und die entsprechenden Unterlagen. Es scheint den Kommissionen unseriös, über die Zusprechung von Unterstützungsbeiträgen in Millionenhöhe zu entscheiden bzw. dazu einen Mitbericht zu verfassen, ohne vorgängig eine Grundsatzdiskussion über die gewünschte Stossrichtung der Kulturförderung geführt zu haben und die detaillierten Gründe für die beantragte Zusprechung bzw. Erhöhung oder Senkung der Beiträge zu kennen oder nachvollziehen zu können. Eine Rückmeldung seitens RKBM ging bis zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Berichts nicht ein.

Regionale Vernetzung

Vernetzung und Kontaktpflege mit den umliegenden Gemeinden gehören zu den thematischen Schwerpunkten der AKO. Die Beziehungspflege und der Informationsaustausch sollen das gegenseitige Verständnis in der Region fördern und zur Vertrauensbildung beitragen. Am 21. September 2022 fand der traditionelle Vernetzungsanlass mit rund 30 Vertreterinnen und Vertretern der angrenzenden Gemeinden und der Parlamentsgemeinden im Perimeter der RKBM statt. Im Zentrum der Abendveranstaltung stand das Thema «*Fokus Ukraine: Chancen und Herausforderungen für die Gemeinden*», Herr Alexander Ott, Co-Leiter Polizeiinspektorat und Leiter Task Force der Stadt sowie Frau Claudia Hänzi, Leiterin Sozialamt der Stadt Bern berichteten von ihren Erfahrungen und informierten zur aktuellen Situation. Im Anschluss daran fand ein Austausch über diese und weitere agglomerationspolitische Themen sowie ein Stehlunch statt (siehe [Vernetzungsanlass 2022](#)).

Berichterstattung des Gemeinderats zur Agglomerationspolitik

Der Gemeinderat orientiert die AKO als Aufsichtsorgan zweimal jährlich über die städtische Agglomerationspolitik. Die mündliche Berichterstattung erfolgte am 29. Juni 2022. Stadtpräsident Alec von Graffenried informierte die Kommission über den aktuellen Stand verschiedener Agglomerationsprojekte, die aus städtischer Sicht von besonderer Bedeutung sind. Folgende Themen wurden diskutiert:

- Flüchtlingspolitik, mit Blick auf den Krieg in der Ukraine
- Klimastrategie der Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM).
- Velohaupttrouten
- Stand der Dinge Autobahnanschluss Wankdorf
- Stand der Dinge Bypass A6
- Stand der Dinge Projekt Tram Bern Ostermundigen (TBO).

Am 30. November 2021 behandelte die AKO den jährlichen Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat zur Agglomerationspolitik. Der Bericht informiert über die agglomerationspolitischen Projekte der Stadt und die Ziele und Aktivitäten des Gemeinderats. Detaillierte Informationen können direkt dem [Bericht des Gemeinderats vom 19. Oktober 2022](#) entnommen werden.

Die AKO hat den Bericht positiv gewürdigt und beantragt dem Stadtrat, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Er gibt einen informativen Überblick über die aktuell relevanten Projekte in der Regional- und Agglomerationspolitik und zeigt auf, welche Ziele die Stadt im Rahmen der verschiedenen Projekte und in der Zusammenarbeit mit den regionalen Institutionen verfolgt.

5 Jahrestagung in Bern

Am Freitag, den 4. November 2022 fand unter dem Titel «*Klima- und Energiepolitik – was läuft in Stadt und Region?*» die letztmals von der AKO organisierte Tagung mit rund 40 Teilnehmer*innen im Business Park Ey in Ittigen statt.

Nach drei Kurzinputs aus *Wissenschaft* (Dr. Stefan Brönnimann, Leitung Unit Klimatologie, Universität Bern), *Zivilgesellschaft* (Kurt Eichenberger, Geschäftsführer des WWF Bern) und *Wirtschaft* (Livia Artuso, Standortleiterin, CSL Behring AG Bern) wurden in fünf Ateliers gute Beispiele aus Gemeinden diskutiert:

- Atelier 1: *Gemeinde Ittigen: Vorstellen des Umweltmanagements und weiteren Initiativen der Gemeinde*
Referent: Marco Rupp, Gemeindepräsident Ittigen
- Atelier 2: *Stadt Bern: Rahmenstrategie nachhaltige Entwicklung (RAN): Bei der Erarbeitung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) wird neu ab 2024 RAN miteinbezogen.*
Referierende: Stephan Dolder, Finanzdirektion und Natalie Schäfer, Amt für Umwelt
- Atelier 3: *Stadt Bern: Vorstellen des Belichtungskonzepts der Stadt*
Referierende: Sibylla Streich und Katharina Krähenbühl, Amt für Umwelt der Stadt Bern
- Atelier 4: *Förderprojekte in Gemeinden: Ökofonds der Stadt Bern und Region*
Referent: Urs Frieden, Präsident Ökofonds ewb
- Atelier 5: *Was läuft in Köniz?*
(Klima- und Energiestrategie, Klimareglement in Erarbeitung, Energieversorgungsreglement, Wärmeversorgungsplanung, Wärmeversorgungskarte, Wärmeverbundprojekte, insb. in Niederwangen und Wabern-Bern, gemeinsame Trägerschaft mit ewb, Ausschreibung Stromtankstellen)
Referent: Hansueli Pestalozzi, Gemeinderat Köniz, Vorsteher Direktion Umwelt und Betriebe

Zahlreiche positive Feedbacks zur Veranstaltung gingen ein. Es wurden angeregte Diskussionen geführt und beim anschliessenden Stehlunch die Vernetzung gefördert. Detaillierte Informationen sind auf der Tagungswebsite ([AKO-Tagung 2022](#)) zu finden.

6 Fazit

Die AKO kann auf ein abwechslungsreiches und aufgrund des Projekts «Kooperation Bern» aktives Jahr zurückblicken. Mit ihren Aktivitäten hat sich die AKO noch ein letztes Mal für den Austausch und die Zusammenarbeit unter den Agglomerationsgemeinden eingesetzt. Zukünftig werden andere Gremien, wie die RKBM, diese Aufgabe übernehmen. Die Kommission schätzte den regelmässigen Austausch mit dem Gemeinderat und dankt dem Stadtpräsidenten Alec von Graffenried und der Abteilung für Aussenbeziehungen und Statistik (AUSTA) für die Zusammenarbeit.

Antrag

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Agglomerationskommission für das Jahr 2022 zur Kenntnis.

16. Dezember 2022

Die Agglomerationskommission